

X. Wahlperiode

## Niederschrift

über die 11. Sitzung des Rates am 19. Oktober 2015, 19.00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses Oedt.

Zu dieser Sitzung wurde durch Herrn Bürgermeister Manfred Lommetz am 07.10.2015 rechtzeitig eingeladen.

Den Vorsitz führt Herr Bürgermeister Lommetz.

### Anwesend:

#### 1. Mitglieder

<b>CDU:</b>
Georg Fasselt
Markus Funken
Marita Heinze
Karl-Heinz Jacobs
Christian Kappenhagen
Heinz-Uwe Kersten
Alfred Knorr
Elisabeth Lehnen
Claus Möncks
Dietmar Maus
Kirsten Peters
Max Titulaer
Andrea Wolfers
Manfred Wolfers

<b>SPD:</b>
Roland Angenvoort
Rita Baumgart
Bernd Bedronka
Margit Heinze-Süselbeck
Dorothea Heller
Jürgen Henrichs
Bettina Hermanns-Leuf
Norbert Holstein
Hans-Joachim Monhof
Karlheinz Weidenfeld

<b>FDP:</b>
Olaf Bayer
Werner Mülders

<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:</b>
Jens Ernesti
Marcus Lamprecht
Maren Rose-Heßler
Andreas Sonntag
Bettina Wimmers

#### 2. Von der Verwaltung:

Elvira Müller-Deilmann
Wolfgang Rive
Norbert Enger
Volkmar Josten

Norbert Franken
Annemarie Quick, Gleichstellungsbeauftragte
Hans-Jürgen Perret, Schriftführer

#### 3. Entschuldigt fehlen:

Hans-Willi Bauten
Wilhelmine Hübecker
Pascal Strux

**4. Unentschuldig fehlen**

./.

**5. Gäste**

./.

Beginn der Sitzung	19.00 Uhr
Ende der Sitzung	20.45 Uhr

**Tagesordnung****A) Öffentliche Sitzung:**

1. Fragestunde der Einwohner gemäß § 18 der Geschäftsordnung
2. Bericht über die Erledigung früherer Beschlüsse
3. Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) H 112 V
4. Bestellung des allgemeinen Vertreters/der allgemeinen Vertreterin des Bürgermeister H 114 V
5. Einbringung des Haushalts 2016
6. Mitteilungen und Anfragen

**B) Nichtöffentliche Sitzung:**

7. Bericht über die Erledigung früherer Beschlüsse
8. Bericht über die vom Bürgermeister getätigten freihändigen Vergaben sowie über Vergaben aufgrund beschränkter Ausschreibungen für den Zeitraum vom 01.07.2015 bis 30.09.2015 H 016-5 V
9. Unterbringungssituation ausländischer Flüchtlinge J 110 V
10. Personalangelegenheiten H 115 V
11. Mitteilungen und Anfragen
12. Veröffentlichungen

Bürgermeister Lommetz eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates der Gemeinde Grefrath fest. Er begrüßt die Vertreter der Presse und die erschienenen Bürgerinnen und Bürger. Einwendungen gegen die Tagesordnung der heutigen Sitzung sowie die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 07.09.2015 werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Bürgermeister, dass er am 13.09.2015 von den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Grefrath wiedergewählt worden ist, seine neue fünfjährige Amtszeit am 21.10.2015 beginnt und mit dem Ende der Legislaturperiode des Rates am 31.10.2020 endet. Die schriftliche Annahmeerklärung wurde von ihm fristgerecht am 18.09.2015 unterzeichnet und der Wahlleiterin vorgelegt, so dass er das Amt des Bürgermeisters ohne Unterbrechung weiterführen wird.

Der Bürgermeister bedankt sich bei allen Ratsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren und wünscht sich diese auch für die Zukunft.

## **Beschlüsse**

### **A) Öffentliche Sitzung:**

#### **1. Fragestunde der Einwohner gemäß § 18 der Geschäftsordnung**

Es werden keine Fragen gestellt.

#### **2. Bericht über die Erledigung früherer Beschlüsse**

Auf die Frage von Ratsherrn Ernesti nach dem Stand der Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik antwortet der Bürgermeister, dass ein Gutachten vorliegt und in der nichtöffentlichen Sitzung Details besprochen werden sollten.

#### **3. Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW)** **H 112 V**

Ratsfrau Lehnen möchte den Beschlussvorschlag der Verwaltung in der vorgelegten Form nicht übernehmen, weil den Ausschüssen die Beratungsmöglichkeit erhalten bleiben sollte und schlägt vor, den zweiten Satz des Beschlussvorschlags zu streichen. Die Ratsmitglieder sind damit einverstanden.

Daher wird die Vorlage lediglich zur Kenntnis genommen.

Herr Rive verlässt den Sitzungssaal.

#### **4. Bestellung des allgemeinen Vertreters/der allgemeinen Vertreterin des Bürgermeisters** **H 114 V**

Der Bürgermeister erläutert kurz die Vorlage und beantwortet die Frage von Ratsherrn Sonntag nach den zusätzlichen Kosten für spätere Beförderungen und die Auswirkungen auf die Höhe der Pension.

#### **Beschluss:**

Herr Wolfgang Rive wird mit sofortiger Wirkung zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters gemäß § 68 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land NRW (GO) in der zurzeit gültigen Fassung bestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmungen:	27
Ablehnungen:	1
Enthaltungen:	4

Herr Rive nimmt wieder am Sitzungstisch Platz. Der Bürgermeister gratuliert ihm zur Wahl zum allgemeinen Vertreter. Herr Rive bedankt sich beim Rat für das entgegengebrachte Vertrauen und erklärt, dass er seine ganze Kraft zum Wohle der Gemeinde einsetzen wird.

#### **5. Einbringung des Haushalts 2016**

Herr Rive weist darauf hin, dass der Band I des geprüften Jahresabschlussberichts 2013 bereits vor der Sitzung verteilt wurde. Anschließend hält er die Haushaltsrede, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Bürgermeister bedankt sich beim Kämmerer für den Bericht und erklärt, dass der Terminplan für die weiteren Beratungen am kommenden Mittwoch festgelegt wird.

Die Frage von Ratsfrau Lehnen, ob die schriftlich zugesagte Zuweisung in Höhe von 300 T € nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz und die Kosten für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung bereits im Haushaltsplan veranschlagt sind, bejaht Herr Rive.

### Anlage I

## 6. Mitteilungen und Anfragen

- Der Bürgermeister erklärt, dass folgende Schreiben eingegangen sind:
  - Antrag der Republikaner, Landesverband NRW, vom 25.09.2015, den ungarischen Regierungschef Victor Orbán zum Ehrenbürger der Gemeinde Grefrath zu ernennen.

### Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Grefrath beschließt, den ungarischen Regierungschef Victor Orbán zum Ehrenbürger der Gemeinde Grefrath zu ernennen.

### Abstimmungsergebnis:

Zustimmungen:	-
Ablehnungen:	32
Enthaltungen:	-

- Schreiben eines Bürgers, mit dem Vorschlag, die Abfallentsorgung an den Schulen und im Schwingbodenpark zu optimieren. Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung den Vorschlag prüfen und ggf. umsetzen wird.
- Antrag der Initiative „Perspektiven für Oedt“ vom 13.10.2015 auf Gewährung eines Zuschusses für die Unterhaltung des Begegnungsraumes „Oedter Treff“. Dieser Antrag wird in den kommenden Haushaltsberatungen behandelt.
- Ratsherr Mülders weist darauf hin, dass Unbekannte bereits mehrmals Pizzateig in Abfallbehältern entsorgt haben. Das Ordnungsamt ermittelt bereits in dieser Angelegenheit; ein Verursacher konnte bisher noch nicht ermittelt werden.
- Die Frage von Ratsherrn Ernesti, wann in Grefrath das Projekt „Stolpersteine“ umgesetzt werden soll, wird von Ratsherrn Knorr beantwortet. Einen ausführlichen Sachstandsbericht will er in der kommenden Sitzung des Schul- und Kulturausschusses geben.
- Ratsherr Lamprecht erklärt, dass in Grefrath derzeit an drei Stellen auf freie W-Lan-Netze zugegriffen werden kann. Ratsherr Fasselt bemerkt, dass der freie Zugang in Oedt im Bereich der Pizzeria nicht immer möglich ist. Ratsherr Lamprecht will die Ursache hierfür ermitteln.

Lommetz  
Bürgermeister

Perret  
Schriftführer

## **Haushaltsrede zum Haushaltsplanentwurf 2016 in der Ratssitzung am 19. Oktober 2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie recht herzlich und möchte Ihnen heute Abend die wichtigsten Punkte des Haushaltes 2016 vorstellen. Vorab werde ich aber einen Sachstandsbericht bezüglich der Vorjahre geben.

Für den geprüften Jahresabschluss 2013 ist zwischenzeitlich vom Rechnungsprüfungsamt des Kreises Viersen das entsprechende Testat erteilt worden. Der Beschluss über die Deckung der Fehlbeträge und die Entlastung des Bürgermeisters soll in der Ratssitzung am 14.12.2015 erfolgen. Den Band I und II des Prüfberichtes haben die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses heute Vormittag als pdf-Datei erhalten. Der im Band I komprimiert dargestellte Jahresabschluss wird den Ausschussmitgliedern nach der Sitzung als Druckexemplar zur Verfügung gestellt werden.

Nach derzeit relativ gesichertem Sachstand, wird sich das geplante Defizit 2014, unter Berücksichtigung der Ermächtigungsübertragungen aus dem Jahr 2013, auf rund 2.919 T€ belaufen. Damit verbessert sich das Defizit gegenüber den Plandaten um rund 704 T€.

Die Jahresrechnung 2014 ist, bis auf die eintägige technische Prüfung durch das Kommunale Rechenzentrum, zwischenzeitlich fertig gestellt. Die erforderliche Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Viersen wird voraussichtlich im Frühjahr 2016 erfolgen. Die ursprünglich für diesen Monat angedachte Terminierung musste seitens des Rechnungsprüfungsamtes verschoben werden.

Darüber hinaus wird es im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 erforderlich werden, die seit 2009 unveränderten Beteiligungswerte der gemeindeeigenen Gesellschaften anzupassen. Die entsprechenden Anpassungsbuchungen werden unmittelbar auf Bilanzkonten erfolgen und tangieren insofern nicht die Ergebnisrechnung, d.h., das Defizit bleibt unverändert.

In den bisherigen Genehmigungsverfügungen zum Haushaltssicherungskonzept erwartet der Landrat definitive Entscheidungen darüber, wie die Gemeinde gedenkt, die desolante Finanzsituation nachhaltig und zukunftssicher in den Griff zu bekommen.

Sofern das Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigungsfähig sein sollte, würde Ihnen der kleine, noch verbliebene Selbstgestaltungsspielraum entzogen. Soweit sollten sie es jedoch nicht kommen lassen, meine Damen und Herren.

Nun zu den Zahlen des Haushaltes 2016.

Aber vorab noch ein Hinweis:

Die nachfolgenden Zahlenvergleiche beziehen sich nicht auf die Haushaltsansätze des Haushaltsjahres 2015, sondern auf die in 2015 bereits für 2016 geplanten Erträge und Aufwendungen. Die bisherige mittelfristige Finanzplanung sah für 2016 einen Fehlbedarf von 1.341 T€ vor. Nunmehr erhöht sich dieser nach den Ihnen heute Abend vorgelegten Zahlen um rund 450 T€ auf 1.790 T€.

Im Einzelnen:

Die Erträge aus Steuern und Abgaben verbleiben unter dem Strich auf Vorjahresniveau. Erhebliche Abweichungen bzw. Verschlechterungen ergeben sich bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen; und zwar in Höhe von insgesamt 587 T€.

Den größten Anteil hiervon machen die Schlüsselzuweisungen aus. Diese verringern sich gegenüber der bisherigen Planung um 452 T€. Ursache hierfür sind, wie in den Vorjahren, die zu optimistischen Orientierungsdaten des Landes.

Die in den vergangenen Jahren im konsumtiven Bereich verausgabte Schulpauschale wird 2016 in Höhe der Aufwendungen für den in der Schule an der Dorenburg geplanten Physikraum investiv veranschlagt.

Aufgrund der gestiegenen Fallzahlen im Asylbereich wird das Land jährlich für die Aufwendungen der Kommunen 8.040 € pro Asylbewerber zur Verfügung stellen. Gegenüber der bisherigen Planung erhöht sich damit der Haushaltsansatz bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen um 1.061 T€. Zusammengefasst stellt sich die Ertragsseite wie folgt dar:

Trotz des Rückgangs bei den Schlüsselzuweisungen erhöhen sich die Gesamterträge um rund 489 T€ auf nunmehr 25.833 T€.

Lassen Sie mich nun zur Aufwandseite kommen.

Trotz kalkulierter Tarifierhöhungen werden erstmals seit Jahren die Personalaufwendungen nicht steigen, sondern sich um rund 96 T€ gegenüber der bisherigen Planung reduzieren. Dies liegt ursächlich darin begründet, dass frei gewordene Planstellen nicht wieder besetzt und die Aufgaben anderweitig verteilt wurden.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich um 408 T€. Maßgeblich liegt dies in den gestiegenen Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwendungen im Grundstücks- und Gebäudebereich begründet; nicht zuletzt für die Herrichtung von Unterbringungsmöglichkeiten der zugewiesenen Asylbewerber.

Auch die Sozialtransferaufwendungen steigen um das 3,5 fache zur Vorjahresplanung. Sie belaufen sich voraussichtlich auf 1.193 T€, im Vorjahr waren es noch 342 T€.

Aufgrund gesunkener Umlagegrundlagen reduzieren sich die Aufwendungen für die Kreisumlage und die Mehrbelastung trotz Hebesatzsteigerung um rund 384 T€. Insgesamt betragen die ordentlichen Aufwendungen 27.041 T€. Dies bedeutet gegenüber der bisherigen Planung Mehraufwendungen in Höhe von 938 T€.

Unter Berücksichtigung der Finanzerträge und Aufwendungen schließt das für 2016 kalkulierte Jahresergebnis mit einem Defizit in Höhe von 1.790 T€ ab.

Dies ist eine Verschlechterung zur bisher für 2016 vorliegenden Kalkulation in Höhe von 449 T€. Diese Verschlechterung ist jedoch nicht auf die erhöhten Asylbewerberzuweisungen zurückzuführen. Die Aufwendungen in diesem Bereich werden erfreulicherweise - vorerst jedoch nur für 2016 - durch zugesicherte Bundes- und Landeszuschüsse gedeckt. Da zurzeit nicht ersichtlich ist, wie sich zukünftig die Situation im Asylbereich entwickeln wird und in welchem Umfang weiterhin Unterstützungsleistungen des Bundes und Landes zu erwarten sind, wurden die für 2016 kalkulierten Erträge und Aufwendungen auch für den Finanzplanungszeitraum zugrunde gelegt.

Für mich sind ursächlich die „Wenigererträge“ bei den Schlüsselzuweisungen für die Defizitverschlechterung gegenüber der Vorjahresplanung verantwortlich.

Erstmals wird dem Haushaltsplan als Anlage eine Übersicht beigefügt, aus der die geplanten Bauunterhaltungsmaßnahmen ersichtlich sind. Dies wird ihre anstehenden Haushaltsberatungen sicherlich erheblich erleichtern.

Erläuterungen zum investiven Teil des Haushaltsplanes kann ich mir in diesem Jahr ersparen, da viele Maßnahmen, die ursprünglich für 2016 geplant waren, bereits im Haushalt 2015 veranschlagt wurden. Ansonsten haben sich nur marginale Änderungen ergeben, die nicht erläuterungsbedürftig sind.

Das neu erlassene Kommunalinvestitionsförderungsgesetz sieht für Grefrath einen Zuweisungsbetrag in Höhe von rund 300 T€ vor. Der entsprechende Zuweisungsbescheid vom 09.10.2015 stellt diesen Betrag ab sofort bereit. Die Mittel dürfen nur für bestimmte Investitionsmaßnahmen verwendet werden. Die Voraussetzungen und das Abrechnungsverfahren sind vergleichbar mit denen des Konjunkturpaketes II.

Prädestiniert hierfür wäre die geplante Investitionsmaßnahme „Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik“. Da die Maßnahme gemeldet werden muss, wäre eine kurzfristige Entscheidung darüber, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll, wünschenswert. Diese Maßnahme würde nachhaltig jährlich rund 200 T€ an Energiekosten einsparen und damit den Haushalt auf der Aufwandseite in erheblichem Umfang entlasten.

Zur Finanzierung der Investitionen 2016 wird eine Kreditneuaufnahme nicht erforderlich werden; d.h., es wird keine Neuverschuldung stattfinden. Der derzeitige Schuldenstand wird in Höhe der Tilgungsleistungen abgebaut. Dies wären 1.100 T€.

Lassen Sie mich nun zum wichtigsten Teil des Haushaltsplans kommen, dem Haushaltssicherungskonzept.

Die 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes sah im Vorjahr noch den ersten ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2023 vor. Nunmehr offenbart die 2. Fortschreibung erfreulicherweise bereits einen kalkulierten Haushaltsausgleich für das Jahr 2020. Damit wäre es fast gelungen, einen Ausgleich innerhalb des Finanzplanungszeitraumes darzustellen. Die Fortschreibung zukünftiger Haushaltssicherungskonzepte hängt maßgeblich von der Beantwortung nachfolgender Fragen ab:

- Werden sich die Erträge aus den Schlüsselzuweisungen und dem Anteil an der Einkommensteuer so positiv entwickeln, wie es die vom Land prognostizierten Orientierungsdaten vorsehen?
- Wie werden sich die Grefrather Gewerbesteuereinnahmen in den kommenden Jahren entwickeln?
- Wird der Bund bzw. das Land den Kommunen bei steigenden Aufwendungen im Produktbereich Asyl ausreichende Unterstützungsleistungen zur Verfügung stellen?
- Wird die Finanzsituation der kreisangehörigen Kommunen zukünftig bei der Festsetzung der Kreisumlage ausreichend berücksichtigt werden?

Sofern sich in den zuvor genannten Bereichen keine negativen Entwicklungen ergeben, sollte man mit verhaltenem Optimismus in die Zukunft blicken können. Dennoch erwartet die Kommunalaufsicht des Kreises Viersen, dass Sie meine Damen und Herren, entsprechende Entscheidungen treffen, die nachhaltig und zukunftssicher die gemeindliche Finanzsituation verbessern. Ich würde mich freuen, wenn Sie dies bei Ihren diesjährigen Haushaltsberatungen berücksichtigen würden und ich der Kommunalaufsicht entsprechend Mitteilung geben könnte.

Des Weiteren ist beabsichtigt, erstmals die Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen durchzuführen. Damit wäre gewährleistet, dass die Sachthemen von den zuständigen Fachleuten erörtert und beschlossen werden. Die getroffenen Entscheidungen könnten direkt im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt werden und die daraus resultierende Haushaltssatzung wäre ohne große Diskussion vom Gemeinderat zu beschließen. Die für die Fachausschüsse maßgeblichen Produkte habe ich entsprechend sortiert und aufgelistet. Eine Übersicht erhalten sie gleich mit dem Haushaltsplanentwurf.

Sobald Mitte Dezember die erforderlichen Ratsbeschlüsse zur Jahresrechnung 2013 erfolgt sind, wären die Voraussetzungen für die Haushaltsgenehmigung 2016 erfüllt.

Damit wären die wichtigsten Eckpunkte des Haushalts 2016 angesprochen worden.

Mein Dank geht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die geleistete Arbeit bei der Aufstellung dieses Entwurfes.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.